

Die „Weltzeitung“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. im voraus zahlbar. Für den Versand nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Drucklegung des Reichslands und Österreichs 15,- M., für das übrige Ausland 24,50 M. jährlich. Saldo-Kassenzug, per Brief für Deutschland und Österreich 24,- Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin 12, Breite Straße 50b.

Die achtspaltige Nonpareil-Spalte ober deren Raum kostet 5,- M. einschließlich Druckersatz. Kleine Anzeigen: Das gesetzlich bestimmte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Druckersatz. Tausende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 2,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das gesetzlich bestimmte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Weltzeitung

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Ein Ultimatum an Deutschland

Krise in der Reichsregierung. — Rücktritt Dr. Simons?

Die Nachricht über eine bevorstehende Krise im Reichskabinett tritt immer bestimmter auf. Gestern hat eine bis in die Nacht dauernde Beratung der Reichsregierung stattgefunden. Es wird gehofft, daß die amerikanische Regierung doch noch eine Rückfrage über die Bedeutung der deutschen Vorschläge an Deutschland richten wird. Eine offizielle Anfrage ist allerdings noch nicht angekommen. Die Beratungen des Kabinetts dürften hauptsächlich der Frage gegolten haben, welche Antwort zu erteilen wäre. Es wurde auch erörtert, ob nicht neue direkte Vorschläge an die Entente-Mächte zu richten wären. Wir vermuten, daß die Erwartung, die amerikanische Regierung werde vermitteln, sehr optimistisch ist. In Wirklichkeit handelt es sich dabei jetzt mehr um eine Formfrage. Die Entscheidung liegt in London, und die deutsche Regierung kann den Bruch nur dann noch vermeiden, wenn sie ihr Angebot so sehr erweitert, daß es in London befriedigt.

Das hat auch Herr Dr. Simons offenbar eingesehen, und da er sich selbst durch seine bisherige Stellungnahme gebunden fühlt, will er nach Eintreffen der amerikanischen Antwort seine Demission geben. Mit ihm zugleich würde der Reichsfinanzminister Fehrenbach demissionieren. Wir haben schon gesagt, daß im gegenwärtigen Augenblick die Personalfrage völlig gleichgültig ist, und daß es nur darauf ankommt, daß gehandelt wird. Kommt es wirklich zu einer Regierungskrise, so bedeutet das eine Verzögerung in einer Situation, wo buchstäblich jede Minute kostbar geworden ist. Die „Börsen-Zeitung“ teilt mit, daß bereits seit einigen Tagen innerhalb der Regierungsparteien unverbindliche Besprechungen über die bevorstehende Regierungskrise und ihre Lösung stattgefunden haben. Zu definitiven Ergebnissen ist es jedoch nicht gekommen.

Es scheint, daß auch in Kreisen, die bisher den Ernst der Lage nicht einsehen wollten, ein Stimmungswandel eingetreten ist. Wenn von manchen Seiten auf ein abenteuerliche gewaltsame Erhebung gerechnet worden ist, so sieht man jetzt ein, daß davon keine Rede sein kann. Die Arbeiterschaft würde sich durch einen nutzlosen Widerstand, der doch an dem Gang der Dinge nichts ändern könnte, nur zum Opfer einer verfehlten Politik machen, für die sie keine Verantwortung trägt und vor der sie beständig gewarnt hat. Dagegen scheinen die Schwerindustriellen Interessen sich durch die Besetzung des Ruhrgebietes unmittelbar bedroht zu fühlen und nach einem Ausweg zu drängen. War es doch immerhin auffallend, daß Herr Stresemann, der Führer der Deutschen Volkspartei in seiner Rede im Reichstag andeutete, die Lösung der Krise könnte am besten durch eine Verständigung zwischen Loucheur und Stinnes erfolgen.

Aus den ausländischen Hauptstädten liegen neue entscheidende Nachrichten nicht vor. In Paris ist man mit den Plänen sowohl militärischer als wirtschaftlicher Art fertig und behauptet, der englischen Zustimmung gewiß zu sein. In Einzelheiten sind zwar zwischen London und Paris noch Differenzen vorhanden, zu deren Beseitigung eben die Londoner Konferenz dienen würde.

Englands Haltung

London, 30. April.

Die Blätter erklären, daß die von der Wilhelmstraße auf das englische Entschließen um Aufklärung verschiedener Klauseln der veröffentlichten deutschen Vorschläge übermittelte Antwort wenig zur Klarstellung der fraglichen Punkte beigetragen habe, und für vollkommen unbefriedigend angesehen werde. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News“ meldet, es könne von Deutschland keine Information bezüglich des wichtigsten Punktes in den deutschen Vorschlägen, nämlich der Bedeutung des Angebotes von 200 Millionen in Annuitäten, und des Zeitraumes, über den die Annuitäten verteilt werden sollen, erhalten werden. Der Berichterstatter erklärt, wenn die deutsche Regierung die in Paris vorgeschlagene Periode von 42 Jahren, oder lieber eine noch etwas kürzere Zeit vorschlagen werde, dann würden starke Einflüsse angewendet werden, um die deutschen Vorschläge als Verhandlungsgrundlage anzunehmen.

Demselben Berichterstatter zufolge wird in britischen Kreisen nicht länger daran gezweifelt, daß Frankreich — komme, was wolle! — beabsichtige, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Wenn jedoch ein abgeändertes deutsches Angebot, das als befriedigend angesehen werden könne, zeitig eintreffe, so werde sich England der Besetzung des Ruhrgebietes energisch widersetzen. Mangels eines befriedigenden deutschen Angebotes werde Lloyd George nicht nur der Besetzung des Ruhrgebietes zustimmen, sondern auch britischen Truppen daran teilnehmen lassen. Selbst im schlimmsten Falle werden jedoch wahrscheinlich die britischen Vertreter im Obersten Rate zweifellos mit Graf Storzos Unterstützung, darauf dringen, daß, bevor eine endgültige Aktion

unternommen werde, ein Ultimatum an Deutschland abgefordert werden soll, worin Deutschland eine Frist von Stunden, vielleicht auch von Tagen gewährt werde, um sich durch Annahme der alliierten Bedingungen zu retten.

Auch „Times“ spricht von der Möglichkeit eines Ultimatum an Deutschland und bringt damit die Worte Lloyd Georges im Unterhaus „es steht mir nicht zu, zu sagen, ob Deutschland eine neue Gelegenheit gegeben werde, oder nicht!“ — in Zusammenhang. Das einzig sichere und das einzige überhaupt, um weitere Zwangsmassnahmen zu vermeiden, sei für die Deutschen, den Beschlüssen der Alliierten und den Bestimmungen des Friedensvertrages unverzüglich nachzukommen und den Beweis von ihrem aufrichtigen Willen zu geben, die gerechten Reparationen, die sie schulden, zu leisten.

Ein Ultimatum an Deutschland

Paris, 30. April.

Havas meldet aus London: Der englische Kriegsminister hat gestern vorgeschlagen, an die deutsche Regierung eine dringende Aufforderung zu richten, mit einer Woche Frist, 42 Jahreszahlungen von je 2 Milliarden Goldmark anzunehmen, sowie veränderliche Jahreszahlungen in Höhe von 25 Prozent der deutschen Ausfuhr. Loucheur bekämpfte diese Anregung. Seine Ausführungen beeinflussten die Engländer aufs lebhafteste. Die Belgier setzten sich für die Aufrechterhaltung der Pariser Bestimmungen ein. Briand wird morgen die Notwendigkeit unverzüglicher Maßnahmen vertreten. Erst in der Folge könnten die Verbandsregierungen einen letzten Schritt der Verhandlung tun, indem sie das vorgeschlagene Ultimatum an Deutschland richteten. Wahrscheinlich wird dieses Vorgehen denn auch zum Schluß angewandt werden.

Die englischen Einwände

EE. Paris, 30. April.

Zu den französischen Plänen, die Minister Loucheur in London verteidigt, teilt das „Echo de Paris“ folgendes mit:

1. Die Ankerlegung einer Steuer von 20 Goldmark per Tonne Kohle.
2. 50 Prozent Steuer auf die Ausfuhr.
3. 30 Prozent Beteiligung an den deutschen Industrien.
4. Lieferung von Fertigwaren für die zerstörten Gebiete.

Dieses System soll mit einigen Änderungen nicht nur im Ruhrgebiet, sondern auch in ganz Deutschland zur Durchführung gelangen. Weiter soll eine interalliierte Kommission über die deutschen Schulden eingesetzt werden, um die im Vertrag von Versailles niedergelegten Gedanken in die Tat umzusetzen. Es soll die Generalhypothek über alle deutschen Besitzungen eingeführt werden, die die interalliierte Schuldenkommission verwalten wird. Was die Forderung der 12 Milliarden Goldmark betrifft, hat einer der französischen Sachverständigen folgendes beantragt: 1 Milliarde 1 Million des Goldes der Reichsbank ist an die Alliierten zu übergeben. Von den deutschen Industrien 6-7 Milliarden Goldmark und die in den Händen der deutschen Kapitalisten befindlichen Wertpapiere, die ungefähr 3 Milliarden Goldmark ergeben, sind gleichfalls den Alliierten zu übergeben.

Die englischen Delegierten erklären in den meisten Fällen: „Wir werden später sehen.“

Schon in Hyde war Lloyd George dafür eingetreten, daß man Deutschland eine gewisse Frist einräumen müsse, und beauftragte ein 3-gliedriges Komitee, das sich aus den Ministern für Krieg, Worthington Evans, für Aeuheres Winston Churchill und für Indien Lord Montague zusammenlegen sollte. Es sollte auch die Pläne ausarbeiten, die den englischen Standpunkt in der Reparationsfrage darlegen. Was dieses Komitee vorschlug, wäre eine Reform des Pariser Abkommens. Danach sollte sich Deutschland verpflichten, 42 feste Jahresraten von 2 Milliarden Goldmark zu bezahlen. Außerdem sollte es eine variable Jahresrate bezahlen, die durch die 25 Prozent Besteuerung der Ausfuhr heringebracht werden soll. Nur wenn Deutschland diese Forderung innerhalb 7 Tage nicht angenommen hat, würde der Vormarsch ins Ruhrgebiet angetreten werden. Gegen diesen Vorschlag erhob sich gestern Loucheur mit aller Macht. Er erklärte, daß man nunmehr durch die Reparationskommission darüber orientiert sei, was man von Deutschland fordern könne. Dieser Wahrpruch müsse auch jetzt in die Tat umgesetzt werden. Das Pariser Abkommen sehe 10 Prozent unter den Ziffern der Reparationskommission, so daß gegen dessen Anwendung nichts eingewendet werden kann. Infolge dieser Erklärungen Loucheurs kam das Projekt Worthington Evans nicht zur Diskussion. Bezüg-

lich des neuntägigen Ultimatum scheint aber England entschlossen zu sein, nicht zu weichen.

Zurzeit beziehen sich die englisch-französischen Differenzen auf die nachstehend angeführten Punkte:

1. Die Notwendigkeit eines Ultimatum wird von Frankreich bestritten mit der Erklärung, daß der Zeitpunkt des 1. Mai selbst ein Ultimatum sei.
2. Das Abkommen von Paris. Die Engländer wollen die darin enthaltenen Forderungen ein wenig mildern, während die Franzosen diese noch verschärfen wollen. Besonders wollen sie die Ziffern der Reparationskommission darin aufgenommen sehen.
3. Die 12 Milliarden Goldmark. Die Engländer erklären, daß man diesen Betrag nicht noch den deutschen Verpflichtungen hinzufügen dürfe.
4. Was die Ruhrbesetzung betrifft, so wird in England erklärt, daß die Ausbeutung nicht erfolgreich sein könnte. Man sträubt sich gegen die Schaffung eines eigenen Wirtschaftssystems, weil dadurch die Handels- und Industriefreiheit schwer beeinträchtigt würde. Was die Beteiligung an den Industrien anbelangt, so sieht man in England darin den Beginn der Trübsal.
5. Bezüglich der militärischen Besetzung des Ruhrgebietes hat England nichts einzusetzen. Aber es sträubt sich gegen die wirtschaftlichen Pläne Frankreichs.
6. Besteht ein Widerspruch zwischen Frankreich und England, da Frankreich erklärt, die Besetzung des Ruhrgebietes müsse auch eine Sanktion sein wegen der Verletzungen Deutschlands in der Entwaldungsfrage.

Die Vorbereitungen für die Aktion

Paris, 30. April.

Havas erzählt aus London, daß die erneuten Sitzungen zwischen den alliierten Sachverständigen zu einer grundsätzlichen Einigung über den Plan der Ruhraktion geführt haben. Vom militärischen Standpunkt machen die Engländer keinerlei Einwendungen gegen den Plan des Marschalls Foch, aber sie drücken gewisse Vorbehalte aus hinsichtlich der wirtschaftlichen Einzelheiten, besonders hinsichtlich der Beschlagnahme der Zölle und der Beteiligung an den deutschen Industrien. Dagegen willigen sie in die Erhebung einer Abgabe auf die Rohle ein.

Paris, 30. April.

Wie „Echo de Paris“ mitteilt, müssen die Angehörigen der Jahresschiffe 1919 damit rechnen, die persönliche Einberufungsorder anfang nächster Woche zu erhalten.

Paris, 30. April.

Wie Vertinaz im „Echo de Paris“ aus London berichtet, sind als Kosten für die Besetzung des Ruhrgebietes im ersten Monat 100 Millionen Franken vorgesehen; in den weiteren Monaten etwa 80 Millionen. Ferner ist als wirtschaftliche Maßnahme außer der Besteuerung der Tonne Kohle mit 20 Goldmark eine 50prozentige Exportsteuer sowie eine 30prozentige Beteiligung an der Industrie vorgesehen. Dieses System, meint Vertinaz, könne auf ganz Deutschland als ein Druckmittel angesehen werden. Die neue Politik werde so zur Einrichtung einer interalliierten Kommission für die deutsche Schuld führen, ebenso eine Hypothek ersten Ranges darstellen, die der Vertrag von Versailles den Alliierten auf die Gesamtheit der deutschen Einnahmen zusichere. Vertinaz spricht von den 12 Milliarden des Artikels 235, einer der französischen Delegierten wünsche, daß sie derart beglichen würden, daß das gesamte Gold der Reichsbank ausgeliefert werde und außerdem für 6 bis 7 Milliarden Goldmark Beteiligung an der deutschen Industrie oder ausländische Devisen verlangt würden.

Die Haltung Amerikas

Paris, 30. April.

Havas meldet aus New York: Die allgemeine Meinung geht dahin, daß die Reparationsfrage der Hauptgegenstand der heutigen Besprechungen des Kabinetts gewesen ist. In gewissen Kreisen rechnet man damit, daß die deutschen Vorschläge derart abgeändert werden, daß sie den Verbandsregierungen zwecks Wiederaufnahme der Verhandlungen annehmbar werden können.

EE. Washington, 29. April.

In maßgebender Stelle wird erklärt, daß die Vereinigten Staaten es nach wie vor ablehnen, in der Reparationsfrage irgendein Schiedsrichteramt zu übernehmen. Die Regierung müsse auch jetzt ihren Verbündeten aus der Kriegszeit zur Seite stehen und könne nicht Schritte tun, die von den verbündeten Mächten als unfreundlich betrachtet werden könnten.

Wie der Vertreter des United Telegraph von zuständiger Seite erzählt, sind die Vereinigten Staaten durchaus abgeneigt, Maßnahmen zuzulassen, durch die Deutschland wirtschaftlich gänzlich niedergeworfen und außerstande gesetzt sein würde, die gerechten Reparationsforderungen der Alliierten zu erfüllen. Dies um so mehr, als dadurch der Wiederaufbau der Weltwirtschaft nur immer weiter verzögert werden würde. Aus diesen Erwägungen hegen die Vereinigten Staaten den heftigsten Wunsch, daß bald die Reparationsfrage einer gerechten Lösung entgegengeführt werde.

Der Oberste Rat

London, 30. April.

Heute nachmittag, wahrscheinlich um 4 Uhr, findet die erste Sitzung des Obersten Rates statt zur Beratung der Vage, die dadurch entstanden ist, daß Deutschland nach Ansicht der Alliierten seinen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, und zur Erwägung der weiteren Schritte, die die Alliierten unternehmen wollen, um Deutschland zu zwingen, ihren Forderungen stattzugeben.

Deutschland und die Reparationskommission

Die deutsche Regierung hat durch die deutsche Kriegsalkalienkommission an die Reparationskommission mehrere Noten und Erklärungen gerichtet, aus denen Inhalt der folgenden entnehmen: Am 24. April wurde mitgeteilt, daß die von den einzelnen alliierten Regierungen eingereichten Schadenschätzungen in einer Weise aufgestellt seien, daß es nicht möglich sei, zu einer klaren Erkenntnis der berechneten Schäden und ihrer Bewertung zu gelangen. Auch aus Mangel an Zeit habe die deutsche Delegation nicht ihre Bearbeitung durchführen können. Die deutsche Regierung könne es deshalb nicht anerkennen, daß ihr in dieser überaus bedeutsamen Frage billiges Gehör im Sinne des Artikels 232, Absatz 2 des Friedensvertrages gewährt worden sei. Ohne auf diese Einwendungen einzugehen, hat die Reparationskommission in offizieller Sitzung am 27. April die Höhe der Schäden, für die Deutschland ersatzpflichtig sein soll, auf 132 Milliarden Goldmark festgelegt. Daraufhin erklärte die deutsche Kriegsalkalienkommission, daß sie am 29. April über den Zahlungssplan nicht verhandeln könne. Der Reparationskommission müsse es überlassen bleiben, selbst einen Plan aufzustellen.

Auf die Note der Reparationskommission vom 25. April, die die Überführung der Goldmilliarde der Reichsbank auf die Bank von Frankreich verlangt, hat die deutsche Regierung geantwortet, daß die Verpflichtung des Artikels 235 des Friedensvertrages, auf den sich die Reparationskommission bezieht, nur als ein Teil der gesamten Reparationsverpflichtungen angesehen werden könne. Inzwischen seien bereits der amerikanischen Regierung Vorschläge unterbreitet worden, durch die den Verlangen der Reparationskommission im wesentlichen Rechnung getragen werde. Die deutsche Regierung glaube daher, daß das Ersuchen auf Abkürzung der Goldmilliarde nicht aufrecht zu erhalten sei. Schließlich wird das vom Reichstag beschlossene Gesetz veröffentlicht, wonach die Verfügun über Gold bis zum 1. Oktober 1921 strafbar ist.

Ministerkrise in Belgien

Wie aus Brüssel gerüchtweise mitgeteilt wird, will Bundesweide zurücktreten, falls die Alliierten das Aufgebot befehlen werden. Eines der Mitglieder des Kabinetts hat dem Brüsseler Mitarbeiter des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ diese Nachricht bekräftigt. Gründe internationaler Art würden den Minister zu diesem Schritte zwingen. Die anderen sozialistischen Minister würden ebenfalls zurücktreten. Die sozialistische Parteileitung tritt am Montag früh zusammen, um die Folgen der Sanktionen zu besprechen. — Man wird zunächst die Bestätigung dieser Meldung abwarten müssen.

Auflösung militärischer Vereinigungen im Dillendorfer Becken. General Hennogue, der französische Oberkommandierende im Brückenkopf Dillendorf, hat seinen die Auflösung folgender militärischer Vereinigungen in seinem Befehlsbereich verfügt: Des Deutschen Offizierbundes, des Reichsarbeitsnachweises für Offiziere, des Deutschen Reichsritterbundes und der Vereinigung Deculus. Mitglieder der genannten Vereinigungen, die versuchen sollten, in anderer Form wieder entstehen zu lassen, werden vor ein alliiertes Kriegsgericht gestellt.

Unterm Wasserspiegel

Stimme von Oskar Hansen

Von dem Verfasser

Mit dem sommerlichen Wehern nahm's kein Ende. Der alte Fischer, seines Zeichens Weber und Säuser, fing Nacht für Nacht Fische in sein Netz und zerstückte ihnen die raubgierigen Schädel am Rande des Rahms, in dem wackligen Fahrzeu gepenslich herumzuwandeln.

Zwischen den Fischen und Kiefern, eigentlich nur gewohnheitsmäßig die Schritte vorwärts gehend, schlenderte der Gendarmenwachtmesser Vincenz Hajek einher, mit dem Weißkopskinn hineinwährend in die Stimme der schlappenden Bäume.

Es war ein Inspektionsrundgang; durch's Jungholz schlug er sich durch wie durch die Dschungel, einen Zug von Würdigkeit und Strenge in dem männlichen Antlitz, den die Liebe so arg lähmte. Es gab ihnen im ganzen nicht viele — war nichts zum Stechen da und niemand zum Bestechen; auch keine Jagd gab's. Zwar fehlten die Allerärmsten mit System, aber niemand regte sich darüber auf; gaben doch die Fischen keine Nahrung, aus dem Feld mußte man das Getreide ebenfalls herausraufen, und zu weissen trieb es auch gar keine Schlingel. Der Wachtmesser Hajek pachte auf Schwammel; denen vertrat er den Weg, wo sie sich seiner trockenen Stimme am wenigsten versahen, sesselte sie und trieb sie durch die Wälder geradeaus in's Gerichtsgebäude nach der Stadt.

Daher hat er eine zarte, schweigsame Frau, ein schönes Ding, still und bleich, vom Mütterchen verhätschelt, schlank emporgeblüht, mit langem, hellem Haar. Kam er vom Rundgang heim, warf er Bratontafel und Plinte hin, ruhete ein wenig, wuschelte die Kleider; aber gleich lodte er wieder die Fischen, fütterte die Schweine, pachtete Holz und besorgte sein reinliches Hauswesen, dessen er sich so wenig erziehen durfte.

Er war der sparsamste Mann im ganzen Tal, und die Frauen reckten ihn den Männern als Muster hin. Auch Karhan's Frau predigte oft:

„Wäst du so wie der, müßst du ein paar Tausender im Jahr einsparen. Er raucht nicht, der Hajek; er trinkt nicht; an's Wirtshaus freift er gar nicht an und Frauenzimmer beachtet er überhaupt nicht.“

Und Karhan mußte ihr ganz kleinlaut recht geben, denn auch er hielt viel von dem Wachtmesser.

Das Tal ward nicht anders und lehte, wie's der Zufall eben fügte; ein jeder Tag hoffte auf den folgenden, und die Wochen brachten in manchem Erfüllung, in manchem auch bloße Ver-

Ministerwechsel in Oesterreich

Der österreichische Nationalrat hat den seit Monaten unbesetzt gebliebenen Platz des Ministers des Innern wieder besetzt. Dr. Glanz hat die Meinungsverschiedenheiten, die sich über die Teilnahme der Reichswehr an der Bewachung Karls von Habsburg bei der Rückbeförderung durch Oesterreich zwischen ihm und den Sozialdemokraten ergaben, zum Anlaß seines Rücktritts genommen. Er wurde jetzt durch den christlichsozialen Abgeordneten Dr. Kamel ersetzt, der im Kabinett Renner das Justizamt inne hatte. Zugleich wurden die in der letzten Zeit vereinigt gewesenen Ressorts für Inneres und für Heerwesen getrennt und mit der Leitung des letzteren der Abgeordnete Laugoin, gleichfalls ein Christlichsozialer, betraut.

Gewaltherrschaft in Ostpreußen

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

Elbing, 30. April.

Der kappistische General von Dassel, der noch immer Oberkommandierender der Provinz Ostpreußen ist, hat sämtliche Raunzüge in der Provinz Ostpreußen verboten. Die Versammlungen unter freiem Himmel sind nur nach polizeilicher Erlaubnis gestattet. Dieses Verbot hat in der ostpreußischen Arbeiterbewegung große Empörung ausgelöst. In Elbing fand gestern eine riesige Straßendemonstration statt, die gegen das herausfordernde Verbot des Generals Dassel Stellung nahm. Tausende von Arbeitern zogen vor das Rathaus und gaben ihren Unwillen kund. Sie protestierten zugleich gegen den Belagerungszustand, der nun schon zwei Jahre in Ostpreußen herrscht und gegen die Hungerpolitik, die im Interesse der ostpreußischen Junker vom Oberpräsidenten der Provinz betrieben wird. Die Elbinger Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, sich wegen der Hungerpolitik ans Ministerium zu wenden. Anträge gegen den Ruder und den Belagerungszustand wurden von der Stadtverordnetenversammlung angenommen. An den Maßnahmen wurde eine erbitterte Kritik geübt, ein christlicher Redner verglich den Oberpräsidenten mit dem Rindermörder Herodes.

Die Bezirksvorstände der USP. und der SPD. haben an den Reichspräsidenten und an den Reichswehrminister folgendes Telegramm gerichtet: „Das Wehrkreiskommando hat Rauffeierzüge in Ostpreußen verboten. Wir ersuchen um sofortige Aufhebung des Verbots. Für die ruhige Durchführung der Umzüge werden Gewerkschaften sorgen.“ — Wenn das Verbot nicht aufgehoben wird, ist es möglich, daß es während des Maiestes in Ostpreußen zu Zusammenstößen kommt. Diese Zusammenstöße scheinen gewissen Stellen in Ostpreußen sehr erwünscht zu sein. Für die Rechtszustände im „demokratischen“ Deutschland ist es charakteristisch, daß ein Mann wie Dassel, der offen für Rapp Partei ergreifen hat, nicht hinter Schloß und Riegel steht, sondern das Recht mit Füßen treten und in Ostpreußen eine Gewaltherrschaft schamloser Art ausüben kann.

Das Putschgespenst

Die „Schwerindustrie“ „Deutsche Zeitung“, die erst in den letzten Tagen einen gefälschten Bericht über einen beabsichtigten neuen Putsch veröffentlicht und sich damit unerbittlich blamiert hat, bringt in ihrer heutigen Morgenansgabe einen neuen Spitzelbericht. Der Polizeimajor Müller-Brandenburg, der sich den Hof aller Monarchisten zugezogen hat, weil er bestrafe war, aus der thüringischen Sicherheitspolizei ein zuverlässiges republikanisches Instrument zu machen, soll sich deshalb des „Putschverrats“ schuldig gemacht haben. Ein unaußerer Bursche der Schupp hat der „Deutschen Zeitung“ das Material für diesen Artikel geliefert. Das alldeutsche Blatt schreibt nun nach dem Reichsanwalt und droht in anderem Falle mit weiteren „Entschlüssen“.

Gegen Müller-Brandenburg kann nun das laubere Degan keinen anderen Vorwurf erheben als den, daß in die thüringische Staatspolizei in der Hauptsache nur republikanisch gesinnte Männer eingestellt worden sind. Das war aber nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht des Polizeimajors. Und wenn Herr Müller-Brandenburg schließlich auch Maßnahmen gegen einen Angriff der Orgeß auf Bayern eingeleitet haben sollte,

so würde das nur beweisen, daß er seine Pflicht als Postzei-

kommandeur sehr ernst aufgefaßt hat. Aber gerade diese Maßnahme sind es, die die Monarchisten und ihren Anhang aus den Offizierskreisen der Schupo und der Reichswehr aus der Ruhe gebracht haben. Dieses hochherrliche Gefindel glaubt, es habe ein Anrecht darauf, das deutsche Volk über Nacht in einem wehrlosen Zustande zu überfallen, damit es ungestört morden und sengen kann. Die Hochverräter sind also nicht diejenigen, die Vorbereitungen zur Abwehr eines Staatsverbrechens treffen, es sind die Orgeßleute, die seit Jahr und Tag auf dieses Verbrechen hinarbeiten. Mit ihnen müßte sich der Staatsanwalt beschäftigen, wenn es noch Richter in Deutschland geben würde.

Im übrigen wird die ganze Gerüchtmacherei, das ganze Lügen- und Spitzelgewebe der „Deutschen Zeitung“ aufs glänzendste durch die Tatsache widerlegt, daß während des mitteldeutschen Putsches in Thüringen nicht ein einziger Schuß gefallen ist, daß es zu keinerlei Ausschreitungen kam, daß überall müßiggeläufige Ruhe herrschte. Das ist es, was den Monarchisten nicht gefallen hat. Es sollte Blut fließen. Weil das nicht geschehen ist, wird jetzt gehetzt und geschimpft.

Was sind Werbungskosten?

Der Steuerauschuß des Reichstages nahm am Freitag gegen die Stimmen der Unabhängigen, unter Ablehnung aller übrigen Anträge, den Kompromißantrag der Regierungsparteien über die Festsetzung von Normalmaßen bei der Berechnung des Einkommens landwirtschaftlicher Betriebsinhaber an.

Ein Antrag der Rechtssozialisten, die Finanzämter anzuweisen, in Uebereinstimmung mit den Absichten des Gesetzgebers bei der Berechnung der Abzug notwendiger Ausgaben für Berufs- und Handwerkszeug, die einen besonderen Aufwand bedingen, und für Handwerkszeug, das Lohnarbeiter selbst stellen, zuzulassen, wurde zurückgezogen, nachdem Redner aller Parteien und auch Vertreter der Regierung erklärt hatten, daß der Inhalt des Antrages selbstverständlich sei. Die Regierung erklärte ferner, daß sie eine dem Sinn des Antrages entsprechende Verfügung an die Finanzämter erlassen werde, damit auch die Finanzämter, die Abzüge für Berufs- und Handwerkszeug bisher nicht zugelassen haben, die Bestimmungen des Gesetzes beachten. Die Regierung verwies ferner auf eine Verordnung, daß auch bei Ausfällen vom Arbeitsverdienst (Kurzarbeiter) beim Steuerabzug die steuerfreien Einkommenbeiträge voll angerechnet werden müssen.

Eine Entschließung der Rechtssozialisten, in der die Regierung aufgefordert wird, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den den Ländern und Gemeinden ein Erlaß für die Minderrung ihres Anteils an der Einkommensteuer, die sich aus der Kasse vom 1. März ergibt, gewährt werden soll, fand bei Regierung und bürgerlichen Parteien entschiedenen Widerspruch. Demgegenüber betonten die Abg. Simon, Keil (Soz.) und Herz (U. S. D.) die Notwendigkeit dieses Antrages und wiesen die Angriffe, insbesondere des Abg. Dr. Becker (D. D.) über leichsinnige Finanzpolitik der Gemeinden als unbegründet zurück.

Spitzelmaske. W. I. B. meldet aus Offen: Das Postzei-Präsidium teilt mit: Nach einer eingelaufenen Meldung verteilte eine Anzahl Kommunisten am 28. April, abends, Handgranaten unter sich in der Absicht, sie zu Anschlüssen auf die einzelnen Polizeireviere und -stationen zu verwenden. Eine Handgranate wurde noch in derselben Nacht gegen das Postzei-Präsidium in der Höhe des Postzei-Präsidiums geworfen. Personen wurden nicht verletzt, es entstand nur Sachschaden.

Der Reichstagsabgeordnete Gebhardt ist in seiner Heimatstadt Lauterbach gestorben. Der Verstorbenen, der von der Deutschen Volkspartei in den Reichstag gewählt wurde, gehörte als Mitglied dem Reichswirtschaftsrat, ebenso als Vorsitzender dem Bund der Landwirte an. Er war einer der eifrigsten Verfechter der freien Wirtschaft und zeichnete sich vielfach durch Engfertigkeit in seinen Anschauungen aus.

Die Ernährung Oesterreichs ist, wie der Telegraphen-Union offiziell mitgeteilt wird, für die nächsten drei Monate gesichert, für den Fall, daß die Unruhe in Deutschland nicht eine Verzögerung in der Nahrungsmittelzufuhr herbeiführen sollte.

Hinrichtung von Einsackern in Coel. Hier Einsackern, die wegen Refrutenanwerbung für die irische Armee verurteilt worden waren, sind Donnerstag morgen in Coel erschossen worden.

heilung. Die Jule kam vom Gericht und brachte sich tausend Kronen Alimente für ihr uneheliches Kind mit; zwei Mädels waren in der Hoffnung, und von anderen wiperte man sich was zu — denn auch in dem Tal gab's alte Weiber mit Eiszähnen. Nach vierzehn Tagen starb Jule's Kind, und die Leute nickten einander verflohen zu, wenn sie zusammenkamen. Ja, die Dorf-mädels, die hatten Bestand und Praxis! Bei der Müßi ward gefragt; Bier und Rum stieg ihnen zu Kopf und wer da kam und Verlangen trug, der hatte sie. Liebe und Leidenschaft war hier nicht ein flammend unabwendbares Zueinanderwühlen; die begehrlich gemordenen Mädchen verlangten für sich keine Liebes-erklärung, kein sentimentales Stelldicheln. Getanzt ward, und dann passierte es, und dann ward wieder getanzt und ein anderer Bursche verjagte sein Glück, verjagte das Mädel am Hof der Gastwirtschaft und kam wieder in den Saal zurück mit dem schwankenden Schritt der Begehrten. Und dann kamen Kinder zur Welt. Bon wo die herkommen? Bon der ober jener Tanzmusik. Bloß Müßi und Tanzerei regte sie auf; sonst schwieg der Körper still.

Das Tal hatte seine besondere Moral; wer der Zahlungsfähigkeit war, der war der Vater, mochte er immerhin von seinen stillen Teilhabern wissen. Burschen, die arm waren wie Kirchenmäule und rahenlahf wie ein Rohstrunk, durften sich umsonst am Bräunlein laben. Das Tal fand, so sei's in der Ordnung, und die Meinung des Tals war eins mit der Meinung des Gerichtshofs.

Freilich: viele gab's die sich in dieser Weise fortbrachten. Die alte Kowal hatte neun Kinder, ein jedes von einem anderen; sie baute sich ein Häufel, hatte Kuh und Schweine und hatte doch ein mit leeren Händen angefangen. Kam sie mit ihren Kindern in die Kirche, dem Herrgott die Frühe abzugeben, so sah sich die Familie gar merkwürdig an. Die Kinder hatten alle grundverschiedene Gesichter, und da war auch nicht ein einziger gemeinamer Zug. Eins hatte einen freshen Nis und vorstehende Zähne; das zweite ging ganz bescheidenlich, die Augen zum Boden gerichtet; das dritte hinkte und flüsterete Gebete; das vierte war wie ein Sturmwind, und das fünfte rötete als ein Fuchseln. Aber die Kowal erstarrte sich der Achtung des Tals, ganz wie die Ratichslowsky; aber die war noch klüger gewesen. Sie hatte einen Ruben von einem verheirateten Juden und damit war sie bis an ihr Lebensende verjagt. Deshalb fragten die alten Weiber gar nicht, wem ein Kind wohl gehört, sondern wer zahlen würde. Da war das Entschiedenste. Hatte ein Mädel keinen zahlungsfähigen Oberhaber, so spuckten sie im Tal aus und sagten: „Dummes Ding. Recht geschick ist.“

Hajek's Frau konnte sich nicht genug verwundern. Die Mutter hatte ihr nichts vom Leben draußen gesagt, und so gab's für sie auf der Welt nichts als gute Menschen. Sie weinte über die verführten Mädchen, und den größten Kummer bereitete es ihr, als

die Bayer-Marie, ein Mädel recht zum Anbelihen, mit Entens-

schritten zu gehen anfang, das leimende Leben, so gut es gelingen mochte, verbergend.

„Wer zahlst du?“ fragten einander die alten Weiber, und sie fanden keine Antwort. Mit wem war nur die Marie gegangen? Mit niemandem. Absolut niemandem. Auch die alte Bayer konnte aus der Tochter keine Antwort herauspressen. „Ich bin's nicht, nein, ich bin's nicht“, versicherte sie, und den Kameradinnen schwor sie, sie würde sich ertränken, wenn sie schwanger wäre.

„It halt der heilig' Geist auf dich niedergeliegen, Mädel!“ gaben die Mädchen ihre Meinung ab. Und sagten sich: Die langen wir schon noch.“ Spannien zwischen den Bäumen einen Strich und sprangen. Die Marie am höchsten und am weitesten von allen. Lachte, ließ zur Bank hinüber, legte sich ein wenig nieder und einen Augenblick drauf ließ sie zur Bedamme. Ein gesundes Mädel kam zur Welt, und die Alte sagte, es sei ganz zeitig gekommen. Auch nicht um einen Tag zu früh.

Die Marie taufte sich freilich ihr Haar bei der Geburt und schrie immer, nein und nein ...

Und so war für das Kind der Jule ein Erlaß gekommen.

Die Frau Hajek suchte ein paar Stück von der Rinderwurst hervor, die sie für ein eigenes Kindchen vorbereitet hielt und trug es der Marie hinüber, denn bei Bayers hatten sie der Marie geglaubt, hatten gemeint, sie hätte die Wasserlucht und sie würden nach der Grute mit ihr zum Doktor gehen; so hatten sie gar nichts vorbereitet. „Bei Bayer's ist was Kleines“, sagte sie geheimnisvoll zu Karhan's Frau. Die Marie hat ein kleines Mädel.“

„Fragen S' doch, von wem!“ elsterte sie Karhan's Frau an. Neugierig war sie auch. Karhan drumme nur was.

„Ra freilich werd' ich fragen!“

Richter wie ein rechtes Kind und schlüpfte gegen Abend in's Häufel hinüber ...

Nach einer Weile knarrten Schritte, ließ sich ein heftiges Weinen vernehmen, und die Frau Hajek stürzte in Karhan's Stube. Sant in die Knie.

„Kein ... nein ... ich bleib' nicht bei ihm“, schrie sie. Die Marie Bayer hat das Kind von Hajek!“

Den Karhan traf's, als schlug man ihm mit einer Ert auf die Stirn. Vor seinen Augen schwebte das Bild des forresten Wachtmessers, streng und finster, stetig und spardam, wie er war; er rief sich in's Gedächtnis, daß er doch nie mit Mädeln einen Spaß gemacht habe. Und drum sagte er auch schon im nächsten Augenblick der aufgeregten Frau Hajek: „Wie können Sie so eine Lüge glauben?“

Unterdes ließ Hajek dahinein und sah hieron Bilds zu Boden. Ein Kind, das von der Jule, war ihm gestorben, und ein zweites

Spotten ihrer selbst . . .

Ein Brief Däumigs an die Zentrale der R. A. P. D.

Die „Rote Fahne“ bequemt sich endlich dazu, die vom Zentralausschuss abgeleitete Resolution Klara Zeitlins, die wir bereits am 15. April in ihren wesentlichen Teilen wiedergaben, zu veröffentlichen. Länger als zwei Wochen hat es also gedauert, bis das Zentralorgan der R.A.P.D. sich dazu entschloß, die ihm unbehagliche Kritik Klara Zeitlins den Mitgliedern der Partei zugänglich zu machen.

Gleichzeitig mit dieser Resolution veröffentlicht die „Rote Fahne“ einen Brief, den Ernst Däumig am 28. März an die Zentrale geschrieben hat. Auch dieser Brief ist ein Dokument der Parteigeschichte, das alle Arbeiter sich einprägen müssen. Däumig schreibt in diesem Brief über die von der Zentrale herbeigeführte „Aktion“:

„Ich halte diese Aktion für ein Unternehmen, das nicht allein die Partei, sondern auch die gesamte revolutionäre Bewegung Deutschlands gewaltig gefährdet wird. Damit halte ich auch die Unterstützung Sowjetrußlands durch das deutsche Proletariat für schwer geschädigt. Nach zweieinhalbjährigen Erfahrungen war für uns als Erfahrungsgrundlage anerkannt, daß für Deutschland die Putschtaktik nicht in Betracht kommen kann. Voraussetzung für die revolutionäre Entwicklung in Deutschland war nach übereinstimmender Auffassung, daß die große Proletariermasse — auch die hinter der SPD und USK stehenden Massen — in Gärung und Bewegung gebracht werden mußte, daß dann unsere Partei die politische und moralische Führung in die Hand zu nehmen habe. Diese, nach meiner Überzeugung unerläßliche Voraussetzung mußte erst geschaffen werden durch eine konzentrierte und intensive Organisations- und Schulungsarbeit in unseren Fraktionen, in allen Betrieben, Gewerkschaften usw. Ermöglicht uns die Situation einen Kampf, der Arbeitermassen über den Kreis der Kommunisten heraus erfährt, so ist dieser natürlich ohne Rücksicht auf den Stand der Organisations- und Schulungsarbeit durchzuführen. Dieser Fall liegt nach meiner Überzeugung gegenwärtig nicht vor.“

Unter Unberücksichtigung all dieser Voraussetzungen ist die Partei in eine hysterische Aktion getrieben worden, die in heroischer Weise das Schicksal des Kommunismus in Deutschland auf das Spiel legt. Bei allem Bekenntnis zum Prinzip des Zentralismus und zur Parteidisziplin kann ich diese Politik des Wahnsinns nicht aktiv mitmachen. Schon jetzt hat sich herausgestellt, daß der Kampf gegen die Gegenrevolution zu einem Kampf von Tellen des Proletariats gegen das Proletariat geworden ist.“

Am Schluß seines Briefes faßt Däumig nochmals sein Urteil zusammen:

„Ich wiederhole nochmal, die von der Zentrale beschlossene und durchgeführte Aktion halte ich politisch und organisatorisch für verheerend. Ihre Wirkung wird sein, daß die Partei ihren Kredit für lange Zeit in der Arbeiterklasse verliert, daß in den Gewerkschaften die Position der Bureaucratie gegen die Kommunisten gefährdet wird. Ich teile die Auffassung nicht, daß der Kampfwillen des Proletariats durch Niederlagen der kommunistischen Arbeiter gestärkt wird. Ich bin nach diesen Erfahrungen der Meinung, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. — Diese Aktionen kann ich aktiv nicht mitmachen, wenn ich nicht vor mir selbst als Lump erscheinen will. Ich werde alle Konsequenzen, die sich aus dieser meiner Auffassung ergeben, auf mich nehmen.“

Das hier wiedergegebene Urteil Däumigs deckt sich vollkommen mit dem, das wir von Anfang an über die kommunistische Putschtaktik im Allgemeinen und über die Märzaktion im Besonderen gefaßt haben. Es deckt sich auch in seinen Grundzügen mit der vernichtenden Kritik, die Paul Levi an der kommunistischen Parteileitung geübt hat. Was hat aber Däumig getan, während Levi im Interesse der Parteigezundung den Kampf gegen die putschistische Leitung aufnahm? Sein Brief gibt darüber Aufschluß:

„Aus dieser Auffassung heraus — schreibt er — habe ich mich aus Parteidisziplin auf die Seite gestellt. Ich habe ausdrücklich vermieden, in irgendeiner Form meine Auffassung in der Parteipresse bekanntzugeben und zu vertreten. Ich habe auch jetzt nicht die Absicht, von dieser Haltung abzuweichen, selbst auf die Gefahr hin, mich persönlich Mißdeutungen auszuweihen. In einer aktiven Beteiligung im Sinne der Zentrale konnte ich mich nicht entschließen, da ich mich nicht zu Handlungen bereit finden kann, die ich für politischen Irrsinn halte. Aus diesem Grunde habe ich mich passiv verhalten.“

In der Sitzung des Berliner Aktions-Ausschusses am letzten Donnerstag wurden von den maßgebenden Rednern Anschau-

ungen vertreten, die allen bisher in der Partei geltenden Grundzügen ins Gesicht schlugen. Ich stand vor dem Gewissenskonflikt, schon in dieser Sitzung meine Auffassung bekanntzugeben und mein Mandat niederzulegen. Da aber die Bezirksführer in dieser Sitzung anwesend waren, hielt ich es für richtig, die an sich schon nicht sichere Stimmung der Genossen durch meine Kritik der Aktion nicht noch mehr zu erschüttern. Aus diesem Grunde habe ich wortlos die Sitzung verlassen und mich zu meiner passiven Haltung entschlossen.“

Also Ernst Däumig hat in einem Augenblick der Aktion sich „aus Parteidisziplin auf die Seite gestellt“. Er hat in einem Augenblick, wo die leitenden Instanzen der Partei dem Irrsinn verfallen und die Arbeiter in Tod und Verderben jagten, seine Hände in Unschuld gewaschen und auf die Verteidigung seines Standpunktes verzichtet. Er hat in einem Moment, wo die Existenz der Partei auf dem Spiele stand, wortlos die Sitzung verlassen, in der von Parteifunktionären Anschauungen vorgetragen wurden, die „allen bisher in der Partei geltenden Grundzügen ins Gesicht schlugen“, ohne daß er den Mut fand, den Parteiverberden entgegenzutreten oder ihnen sein Mandat vor die Füße zu werfen. Man kann angelehnt dieser Zümmlichkeit des „Parteiführers“ Däumig der „Roten Fahne“ nicht ganz Unrecht geben, wenn sie über Däumigs Verhalten schreibt:

„Ein Mitglied des Aktionsausschusses wagt es nicht, sich in dem Ausschuss über die Aktion zu äußern und von vornherein den seiner Meinung nach parteischädigenden Beschlüssen dieser Körperschaft entgegenzutreten. Alle sentimentalen Redensarten über Gewissenskonflikte helfen nicht darüber hinweg, daß ein Parteigenosse in verantwortlicher Stellung weder den Mut gehabt hat, sich offen angelehnt parteigeschädigenden Beschlüssen entgegenzustellen, oder, falls er das in einer bestimmten Situation nicht für zweckmäßig hielt, sich aktiv im Dienste der Partei zu betätigen. Wenn jeder Genosse glaubend würde, das Recht zu haben, sich bei Parteiaktionen abseits zu stellen, so würde es überhaupt keinerlei geschlossene Aktionen unserer Partei mehr geben.“

Man kann Däumigs Kritik an dem Irrsinn der Parteileitung volle Zustimmung geben, aber sein persönliches Verhalten kann nur die Ansicht bestärken, daß er als Parteiführer ein für allemal erledigt ist. Es ist nicht das erste Mal, daß Däumig sich „aus Parteidisziplin auf die Seite stellt“ und die Partei in kritischsten Augenblicken im Stich läßt. Diese Methode hat Däumig auch in der U. S. P. geübt, in der er von Anfang an das Ziel verfolgte, die Partei von innen heraus zu unterhöhlen und die Massen der Kommunisten zuzuführen. Aber Däumig gehörte auch gleichzeitig zu denen, die für die „eiserne Disziplin“ der Moskauer Internationale eintraten und es schließlich erreichten, daß die U. S. P. wegen der Anschließbedingen gespalten wurde. Auf Grund dieser Bedingungen jedoch hat Däumig das Recht verwirrt, Mitglied der III. Internationale zu sein. Sowohl Punkt 12 der Anschließbedingungen, der unbedingten Gehorsam gegenüber der Zentrale fordert, wie jener Punkt der Leitsätze über den Parlamentarismus, wonach bei Straßendemonstrationen und sonstigen revolutionären Aktionen der kommunistische Abgeordnete verpflichtet ist, „an der Spitze der Arbeitermassen an erster leitender Stelle zu stehen“, machen das Verbleiben Däumigs — und mit ihm so vieler kommunistischer „Führer“, die nach dem Ausdruck der Zentrale „nicht mitgelämpft“ haben, — in der U. S. P. und damit auch in der III. Internationale, unmöglich. Entweder haben diese Bestimmungen für alle Geltung — dann müssen die Konsequenzen gezogen werden, oder sie sind für die R.A.P.D. — dann zeigt sich in bengalischer Beleuchtung das Verbrechen der Spaltung der U. S. P. und anderer Parteien, die wegen dieser Bedingungen vorgenommen wurde.

Wenn Ernst Däumig, einer der Urheber dieser Spaltung und der Befürworter der „eisernen Disziplin“, jetzt über „Gewissenskonflikte“ usw. lamentiert, so spottet er seiner selbst und weiß nicht wie.

Nur noch eine Seite

Wir haben vor einigen Tagen mitgeteilt, daß der kommunistische Bezirkssekretär für Magdeburg-Anhalt, Bruno Böttge, aus der R. A. P. D. hinausgeworfen worden ist, weil er die Putschtaktik kritisiert hatte. Böttge veröffentlicht jetzt in der rechtssozialistischen „Vorbürger Volksmacht“ einen Aufsatz, in dem es heißt, daß die Folgen seines Ausschlusses Massenaustritte aus der Partei sein werden. Ganze Ortsvereine hätten sich bereits abgemeldet. Der Hinausgeworfene tröstet sich schließlich damit, daß er sich in sehr guter Gesellschaft befinde. Mit den

seinen kharzen Soldatenschritt und seine Augen waren wie geblühte Dölsche.

Die Frau Hasek glaubte an seine Schuld nicht mehr; auch das Tal glaubte nicht daran. Und das Tal, das war das Entschädende. Hasser brüllte; die Mädel knieten die Bilde; der Fluß strömte dem Ansehen nach ruhig, würdig und achtbar dahin; aber unter dem Wasserpiegel wälzte sich eine Strömung der Tiefe und rief in ihrem Wirbel alles an's Tageslicht empor, was durch Zufall einmal in den Fluß geraten war.

Das Theater der Engagementslosen. Der Verband freier Bühnenkünstler eröffnet am 30. April, nachm. 4 Uhr, seine Vorstellungen mit „Iphigenie auf Tauris“, im Wallnertheater. Das Jugendum des Magistrats Neubäu hat die beiden Vorstellungen vom 30. April und 1. Mai ausverkauft. Wicht des Volksbildungsausschusses und der Jugendämter der anderen Magistrate wäre es, diesem Beispiele zu folgen. Für den 1. Mai sind noch Karten zu haben, die die Gewerkschaften abholen lassen. Für die Aufführungen der Engagementslosen haben sich auch andere Bühnen, wie Deutsches Theater, Lessing-Theater, Central-Theater und Theater in der Kommandantenstraße zur Verfügung gestellt — nur mit dem Staatstheater war noch keine Verständigung möglich.

Tages-Kostizen

Volkstümliche Konzerte der Staatsoper. Das 4. und letzte volkstümliche Konzertsprogramm der Staatsoper findet Sonntag, 8. Mai, nachmittags 5:15 Uhr, im Großen Schauspielhaus statt. Zu hören gebracht werden Werke von Beethoven, Liszt und Brahms. Verkauf der Eintrittskarten (4—12 Mk.) täglich an den Kassen des Opernhauses, Großen Schauspielhauses, Jusselltheater, bei Holz u. Hof und Wertstein.

Das 2. Hübische Volks-Konzert des Wälder-Orchesters findet Montag, 9. Mai, in der Germania-Halle unter Leitung von Selmar Morawitz statt. Programm: Werke von M. A. Mozart, Schubert, Mendelssohn, Bach, Wagner, Liszt. Karten zu 1,50 Mk. in der „Freiheit“. Kleine Straße, Jägerstraße 13 (Gewerkschaftshaus), Orchesterhaus, Altes Theater, 75 und an der Hübischen.

Opernaufführungen. Kammerspiele: 1. Opern-, Götterprüfung. — Kammerspiele: 1. Wälderberg. — 2. Das Weibens. 1. Morgen wiederholt. — Central-Theater: 1. Wanda. — Kammerspiele: 2. Wanda. — Wallner-Theater: 1. Der Traum von Gild. — 2. In der Kommandantenstraße: 2. Die gelbene Freiheit. — Deutsches Theater: 2. Götter und Verführer. — Staatliches Schauspielhaus: 6. Hüb (12).

Theateraufführung bei Westfälischer. Der Kartennverkauf (5—12 Mk.) für die am 8. Mai nachmittags 8 Uhr, im Deutschen Theater stattfindende Veranstaltung der Berliner Ostgruppe der Gewerkschaften, bei der Hermann Jäger, Leiter der Berliner Gewerkschaften, den Vortrag über die Aufführung gehalten, beginnt Montag, 2. Mai, in der Wälderberg, Jägerstraße 13 und in der Kommandantenstraße, 75 und an der Hübischen Str. 13.

Ausschreibung. Die Mel-Kaufmann des „Sturm“ gibt ersatzweise Gemälde von Kasimir Delacroix (Paris). Auf Einladung der führenden sozialistischen Künstler wird in Paris die erste Gruppenausstellung im Rahmen stattfinden. Es ist die erste deutsche Ausstellung in Paris nach dem Kriege, auf der gleichzeitig die französische Revolution des „Sturm“ mit ausstellen.

besten Köpfen der Partei — Levi, Däumig, Zeitlin — teile er gern dieses Schicksal. Die sogenannte R. A. P. D. sei heute nur mehr eine Sekte.

„Zu den Waffen“

Kommunistische Aufklärungsmethoden

Wozu Handgranaten gut sind, erfährt man aus einem Bericht der „Roten Fahne“ über die Verhandlungen vor dem Sondergericht:

Vor dem Sondergericht des Landgerichts Berlin I wurde unter dem Vorsitz des Landgerichtsrats Braun gegen fünf arbeitslose Kommunisten verhandelt, die zum Teil in die Betriebe von Ludwig Loewe, zum Teil in die AEG, hineingegangen waren, um ihre proletarischen Brüder zur Arbeitsniederlegung aufzufordern. Einige hatten sich auch darauf vorbereitet, wegen der Unaufgeklärtheit eines Teiles der Arbeiterklasse durch energische Maßnahmen die Betriebe stillzulegen. Sie hatten zu diesem Zweck einige Handgranaten mitgenommen.

Die Betriebe sollten also mit Hilfe von Handgranaten stillgelegt und dabei sollte zugleich der ungelassenen Aufgeklärtheit der Arbeitsbrüder abgeholfen werden.

Diese Aufklärungsmethode mag harmlosen Gemütern ein bißchen Herz vorkommen, aber in dem Rest, der von der R. A. P. D. noch bekommen ist und sich jetzt in Bezirksverfassungen befindet, um über die rebellierenden Leuten zu Gericht zu sitzen, bekommen die Handgranatenmänner Recht. So erzählt die „Rote Fahne“ von einem Bezirksparteilang Erzgebirge, Vogtland der R. A. P. D., auf dem Klara Zeitlin eine Paul Böttcher, der Sieger von Stuttgart dagegen 69 Stimmen erhalten hat. Allerdings ist der Bericht ein bißchen „ludenshaft“. Er teilt zunächst die Anwesenheit von 143 stimmberechtigten Delegierten mit, meldet dann aber die Annahme einer Resolution mit 60 gegen 1 Stimme, bei einer Stimmenthaltung. Danach würden noch nicht die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten sich an der Abstimmung beteiligt haben. Da die fehlenden 72 Delegierten aber auch nicht unter Stimmenthaltung aufgeführt sind, so bleibt dunkel, wohin sie sich vor der Abstimmung begeben haben. Hat man sie vielleicht vor der Abstimmung mit Hilfe von Handgranaten von der Unzweckmäßigkeit ihres weiteren Verbleibens in der Versammlung „überzeugt“?

Lockspiegel Kempin auf freiem Fuß

Während der Märzämpfe in Mitteldeutschland schwang sich ein R.A.P.D.-Mann, namens Kempin, der in Wirklichkeit Ugelmann heißt, zum revolutionären Führer des Leuna-Werkes auf. Er wurde Oberkommandierender und Oberdisziplinar über das Proletariat. Als die Luft die wurde, knackte er den Geldsack und verschwand mit seinem Stab im Dunkel der Nacht. Die irreführenden Arbeiter überließ er ihrem Schicksal und dem weißen Schrecken. Einige Tage später ist Kempin in Leipzig verhaftet worden. Er hat aber nicht lange mit den Gefängnismauern Bekanntschaft gemacht, sondern wurde gleich wieder auf freien Fuß gesetzt. Heute bewegt er sich frei in Halle, während die betrogenen Arbeiter in den Gefängnissen und Zuchthäusern schmachten.

Die Verantwortung für die Tätigkeit des Propagandisten Kempin trägt die Zentrale der R.A.P.D. Die Arbeiter des Leuna-Werkes gegen Kempin schon lange vor dem Putsch den Verdacht der Spießbürgerei. Kommunistische Betriebsratsmitglieder wandten sich deshalb an die Berliner Zentrale, belannten aber von hier die Auskunft, daß Kempin eine absolut zuverlässige Persönlichkeit sei, und daß die Arbeiter die Pflicht hätten, seinen Anweisungen unbedingt zu gehorchen. Nach diesem Schuldspruch schied er feine so, als ob die R.A.P.D. überhaupt nicht mehr existieren kann, wer in ihren Reihen ein Spieß ist. Für die Arbeiter aber heißt es: Gegen den lautesten Schreier die größte Vorsicht!

Subertusstrolche in Mecklenburg

Wir haben vor einigen Tagen mitgeteilt, daß für den Gau Hubertus der Arbeitgemeinschaft R o b a c h in Mecklenburg entlassene Soldaten angeworben werden. Die Angeworbenen sollen als Landarbeiter beschäftigt werden, sind aber in Wirklichkeit dazu bestimmt, bei einem Rechtsputz gegen die Republik zu kämpfen. Wie jetzt aus Mecklenburg berichtet wird, betreiben die Hubertusleute auf den Dörfern ein geradezu räuberisches Handwerk. Am letzten Sonntag drangen auf der Insel Boel unter der Führung des Leutnants Bender etwa 40 Mann in eine Gastwirtschaft ein, wobei sie die Fenster einschlugen, dann raubten sie das Lokal aus, verprügelten den Wirt, stahlen eine Ziehharmonika und zogen mit Geläch und Spiel: „Deutschland, Deutschland über alles“ nach Kirchdorf. Dort schlugen sie einen Arbeiter so lange, bis er bewußtlos zusammenbrach. Andere Arbeiter wurden aus den Betten geholt, und nur mit dem Hemd bekleidet, auf die Strohen geschleift. Von hier begab sich die Bande nach Kallendorf, wo ebenfalls wieder Fenster zertrümmert, in die Wohnungen eingebrochen und Gutsarbeiter halbtot geschlagen wurden. Der Nachwächter Trost in Kirchdorf wurde ebenfalls bewußtlos geschlagen. Das alles geschah unter der Führung von Offizieren und von Gutsbesitzern zu dem Zweck, an den sozialistischen Landarbeitern Rache zu nehmen. Der Staatsanwalt aus Schwerin hat sich in die Aufregung begeben und den Leutnant Bender, sowie den Gutsbesitzer Bothe und mehrere Hubertusstrolche verhaften lassen. Es liegt hier ganz offensichtlich Landfriedensbruch vor. Trotzdem zweifeln wir keinen Augenblick daran, daß die mecklenburgischen Großgrundbesitzer bei ihren guten Verbindungen mit den Behörden, dafür sorgen werden, daß die Banditenstrolche der Hubertusleute keine Sühne finden!

Das Umlageverfahren für Getreide

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung beriet am Freitag den Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide. Der Ausschuss hat die Regierungsvorlage gegen die Stimme eines Arbeitnehmervertreters der freien Gewerkschaften grundsätzlich zu. Eine Reihe von Bedenken, die in der Erörterung zur Sprache kamen, sollen in einer Begründung der Zustimmung zusammengefaßt werden. Die Deutschanalalen und die Deutsche Volkspartei haben im Reichstage eine Interpellation eingebracht, die die nötige freie Wirtschaft für Getreide, Zucker, Milch und Milchprodukte fordert.

Abschub der internierten Rotgardisten

Am 25. April hat der erste Transport Internierter, in Stärke von 800 Köpfen, auf dem Landwege von M-Damm bei Siedlitz durch den polnischen Korridor über Königsberg-Tilsit, Deutschland verlassen, um in Riga an den russischen Sowjetbehörden übernommen zu werden. Ihm werden, vom 2. Mai ab beginnend, wesentlich drei Transporte auf gleichem Wege folgen; um dieselbe Zeit beginnt auch der Abtransport zur See von Siedlitz aus. Bei plötzlichem Verkauf der Transportbewegung wird der Abtransport in der ersten Zufahrt beendigt sein.

Friesland aus der Haft entlassen. Der vor einigen Tagen verhaftete Vorsitzende des Aktionskomitees der R.A.P.D., Friesland, ist nach einer Meldung der „Roten Fahne“ aus der Haft entlassen worden.

das von der Marie, was ihm geboten worden. Und wie viele mochten noch unterwegs sein? Daselbst wußte es nicht.

Demals im Oktober war ein süßlicher Duft vom fallenden Laub herübergezogen, und die Marie hatte sich an ihn herangeschmiegt. Er wußte nicht, wie es gekommen war. Auch sie nicht. Irgend etwas war in seinem Innern aufgelaßt, die Bestie hatte an den Stäben gerüttelt; erst hielt er sich am Tisch fest, aber dann sprang er zu ihr hin. Verächtelte sich wieder, ward ganz besonnen, schickte das Mädel fort, und nie hatte er sie auch bloß mit dem Finger mehr gestreift. Arbeitete, schandte sich, sparte weiter, gefürchtet von den Bösen, geachtet von den Guten. Dann ward's wieder dunkel vor seinen Augen, im Stall, und es erlag ihm die Kasscha, ein hübsches Ding mit gesprungenen Fersen. Dann die Franzin; die im Wald. In der Wohnung, auf dem Bett seiner Frau, die Kathrine. Dann noch diese und jene. Wie sie eben vorbeigingen, wie sie hereinkamen, wie sie ihm in den Wurf gerieten, wie die Bestie in ihm aufbrüllte. Die Mädel's schweigten, reiche Bauern dachten, und Hasek hatte nicht weiter nachgedacht. Niemand hätte geglaubt, daß die Kinder ihm gehörten. Bis nun . . .

Er hörte das Weinen seiner Frau und kürzte erschrockenen Blicks hinüber in Karhan's Wohnung, bereit, zu schwören, alles sei Alge, das Mädel habe im Fieber geredet. Aber Karhan erkannte es sofort, daß Hasek's Stirn ausgeplaudert und die Schuld eingestanden hatte. Dennoch besänftigte er seine Frau und wies auf die Absurdität des ganzen Vorfalles hin. Da er die Moral des Tales kannte, ordnete er im Einverständnis mit Hasek die ganze Angelegenheit; und wiederum plauderte sich der Wachmeister, fragte zusammen, sparte, um tausend Kronen zusammen zu bekommen.

„Ich verfluch' ihn; ganz verfluch' ich und bedauere ich ihn.“ sagte Karhan zu seiner Frau, als sie nachts einen Spaziergang durch das Tal machten. Die Häuschen schlummerten; Hunde gab es keine, und die Hähne waren schlachter Laune. Bloß der Bach schäumte. „Er hat keine Leidenschaften, gibt sich nicht aus; die Bestie übermann' ihn, und dann ist's vorbei . . . Ueberleg' es menschlich, vorurteilsfrei, und du wirst ihn nicht verdammen!“

Sie blieben stehen und schwiegen still. Vor ihnen trieb sich Hasek herum und stach mit dem Stock in die Erde. Schaute um sich und stahl sich zum Häusel der Bayer's, wo das Kind anhaltend in wimmernden Tönen weinte. Reigte den Kopf und horchte, wie der Arzt auf den Schlag eines kranken Herzens horcht. Dann schlich er weiter, von Hüfte zu Hüfte, horchte, als könnte sein Gehör die Bewegungen der ungeborenen Kinder wahrnehmen, die in den Mädeln drin lebten, schleppte sich durch das schlummernde, menschenleere Dorf wie ein Schatten, glitt aus, taumelte, ein schwacher, geheimer Mensch, ein von dem Bestie zu Tode gekehrter. Dann setzte er sich in den Graben und weinte.

Des Morgens führte er den angetrunkenen Hasek mit sich, die kleinen Lippen kreng geschlossen und aneinandergepreßt, hatte

